



Die Hohlräume der riesigen, unter Tonschichten fest abgeschlossenen Salzlager am Niederrhein bieten ideale Bedingungen für Abfall-Endlager.



Der Betreiber des Salzbergwerks Borth stellt dem Grubenausschuß die Planung einer Untertage-Deponie vor und wundert sich über die Landesregierung, (stehend) Betriebsinspektor Heinz Fauseweh, (vorn) Ausschußvorsitzender Eberhard Sohns (SPD), daneben LOBA-Präsident Hans-Jürgen von Bardeleben.

## Grubenausschuß will Sondersitzung mit Höhn wegen Untertage-Deponie

### Verwertungsgebot hindert sicheren Verschuß

Ungewohnt harsche Worte fielen in der von Eberhard Sohns (SPD) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Grubensicherheit beim Besuch des Salzbergwerks Borth am 22. April. Den Vertretern des Landesoberbergamts (LOBA) und des Umweltministeriums (MURL) hatte Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) Auskünfte zum Genehmigungsverfahren für den Bau einer Untertage-Deponie untersagt, gegen das vom Bergbaubetreiber Klage beim Oberverwaltungsgericht eingelegt worden ist. Der Ausschuß beschloß einstimmig, Ministerin Höhn zu einer Sondersitzung einzuladen, an der auch Mitglieder des Umwelt- und des Wirtschaftsausschusses teilnehmen sollen.

Zunächst stellte Werksleiter Georges Van Lierde (Solvay Salz GmbH) das Unternehmen vor. Hochreines Salz werde im unteren Lager des Salzvorkommens von 88 Quadratkilometern in einer Teufe von 740 Metern abgebaut. Zur Zeit seien 437 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Allerdings sei wegen der „beinharten Konkurrenz“ die Rentabilitätsgrenze bei rückläufigen Fördermengen in Sicht. Zudem bereite eine neue EU-Norm für das Untertage-Klima Sorgen, die zur Schließung des Werks führen würde. Über die Sicherheit der Beschäftigten wachten zwei Mitarbeiter im Werk Borth. 1996 sei mit fünf Unfällen und insgesamt 469 Ausfalltagen bei 784 000 geleisteten Arbeitsstunden die Unfallhäufigkeit gegenüber dem Vorjahr fast halbiert worden.

Nachdem Vorsitzender Eberhard Sohns mitgeteilt hatte, qua Erlaß der Umweltministerin dürften das LOBA und der Vertreter des Ministeriums zur Genehmigung der Untertage-Deponie keine Auskünfte geben, protestierten Fritz Kollorz (CDU) und Hans Vorpeil (SPD) gegen die Beschneidung der Informationsrechte des Parlaments. Sohns ergänzte, es gehe nicht nur um die Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze durch Lösung der Abfallprobleme, sondern auch um 50 neue Arbeitsplätze. Der Ausschuß für Grubensicherheit, der sich auch wirtschaft-

lichen Aspekten des Bergbaus zuwende, sei über den „Maulkorb“ befremdet.

LOBA-Präsident von Bardeleben informierte über den Verfahrensstand bei dem im Mai 1995 eingereichten Vorhaben. Im Juni 1997 sei der Planfeststellungsbeschuß ergangen, den das MURL jedoch im Juli 1997 aufzuheben angewiesen habe. Im Dezember 1997 habe das Unternehmen Klage dagegen eingereicht.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) erläuterte, Abfallstoffe aus Müllverbrennungsanlagen sollten neuerdings aus der Ablagerung ausgenommen werden, und beantragte baldmöglichst eine Sondersitzung des Grubenausschusses. Das Auskunftsbegleichen wurde vom Vertreter der GRÜNEN Rüdiger Sagel befürwortet und dann einstimmig beschlossen.

Diplomingenieur Heinz Fauseweh informierte dann den Ausschuß darüber, daß das Projekt einer Untertage-Deponie seit zehn Jahren im Gespräch und vom früheren Umweltminister Klaus Matthies vorangetrieben worden sei. An der zur Planfeststellung 1993 gegründeten Projektgesellschaft Untertage-Deponie Niederrhein (UTD) sei die Investitionsbank NRW mit 91 Prozent beteiligt. Nach dem Amtswechsel habe Ministerin Höhn sich 1995 vor Ort zur Deponie-Anlage bekannt. In der 5. Auflage des Rahmiskonzepts Sonderabfallentsorgung NRW von 1996 seien aber vier Stoffe (von insgesamt 59) nicht mehr als „Abfall zur Verwertung“, sondern nur noch „zur Beseitigung“ zugelassen. Fauseweh verdeutlichte: „Wir dürfen sie beseitigen. Wo sie anfallen, besteht aber das Verwertungsgebot. Wir kriegen sie nicht, weil die Steinkohle sie verwerten muß.“ Es gehe nur um das Etikett. Verwerten wolle die UTD nicht. Das Unternehmen sei nach wie vor kompromißbereit und schlage vor, Verwertung solange zuzulassen, wie Beseitigung nicht zwingend vorgeschrieben sei. In einem Gespräch habe die Ministerin jedoch kein Entgegenkommen gezeigt. Aus ihrem Hause verlautete statt dessen, der Verwertungsweg solle „plattgemacht“ werden.

Zum Thema Sicherheit erläuterte er, das Deponiefeld sei räumlich getrennt vom Abbaubereich. Auch die Bewetterung von wieder in Betrieb zu nehmenden Strecken erfolge getrennt. Riesengroße Hohlräume mit zahlreichen Salzsäulen seien vorhanden.

Nach einer von Rüdiger Sagel wegen möglicherweise einseitiger Berichterstattung begonnenen Debatte über Anwesenheitsrechte von Firmenvertretern bei nichtöffentlichen Sitzungen, bei der Vorsitzender Sohns mehrfach die Geschäftsordnung des Landtags zitierte, mahnte Franz-Josef Pangels (CDU) die bisher stets eingehaltene Gemeinsamkeit im Ausschuß für Grubensicherheit an. Fritz Kollorz hielt die Klage einer fast landeseigenen Projekt-Gesellschaft gegen das Land für pikant. Dr. Kasperek forderte Einsicht in die Unterlagen bis zur Sondersitzung des Grubenausschusses. Hans Vorpeil bestand auf dem Informationsrecht frei gewählter Abgeordneter, die die Interessen des Landes zu vertreten und sich nicht nur um Unternehmen, sondern auch um Abfall und Sicherheit zu kümmern hätten.

Zur von Kollorz nachgefragten Wirtschaftlichkeit wurde mitgeteilt, Untertage-Deponien seien nur zusammen mit einem lebenden Bergwerk sinnvoll. Zur Arbeitssicherheit ergänzte Fauseweh, die in der ersten Ausbaustufe anzuliefernden „Big Bags“, doppelwandige Kunststoffsäcke mit Sondermüll, würden in Stahlcontainern befördert. Vollkommener Verschuß und absolut wasserfreie Ablagerung seien sichergestellt. Sohns faßte zusammen, die Grubensicherheit sei gewährleistet, die geplante Deponie auf 30 Jahre sicheren Verschuß angelegt. Arbeitsplätze seien nur bei Wirtschaftlichkeit zu sichern und zu schaffen. Beim Verfüllen von Hohlräumen könnten Bergsenkungen minimiert werden.

Auf abschließende Fragen aus dem Ausschuß wurde von Seiten des Unternehmens darauf hingewiesen, daß bereits sechs Millionen Mark ausgegeben worden seien, ohne daß sich ein Erfolg abzeichne. Es werde immer schwieriger, die belgische Mutterfirma hinzuhalten. Je länger es dauere, desto teurer werde das Projekt, ergänzte der Vertreter der Investitionsbank NRW.